

Kurz berichtet

Kultusministerin Eisenmann will mehr gemeinsame Standards in der Bildung

STUTTGART (kab) - Für Kinder und deren Eltern ist der Umzug von einem Bundesland in ein anderes nicht einfach - Bildung ist schließlich Ländersache. Baden-Württembergs Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU) pocht am Donnerstag bei einer Konferenz mit ihren Ressortkollegen aus den anderen Bundesländern und vom Bund auf gemeinsame Standards für die einzelnen Schulabschlüsse, für das Bildungsmonitoring, in der Lehrerbildung und bei der Mobilität.



Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU). FOTO: DPA

wolle sie aber auf keinen Fall rütteln. „Was wir brauchen, ist mehr Vergleichbarkeit und mehr verbindliche, qualitätsorientierte Zusammenarbeit in unserem Bildungswesen“, so Eisenmann - und nicht etwa eine zentrale Stelle, die nach ihrer Ansicht weit weg von den Bürgern wäre und regionale Unterschiede außer Acht ließe. „Ich kenne bis heute kein stichhaltiges Argument, wieso der Bund auf einmal eine bessere Bildungspolitik machen sollte als die Länder.“

Auf die gemeinsamen Standards sollten sich die Länder nach ihrem Wunsch in einem Staatsvertrag verpflichten. Darauf hatten Bayern und Baden-Württemberg schon lange gedrängt.

„Wir brauchen mehr Vergleichbarkeit, mehr Transparenz, mehr Qualität“, erklärte Eisenmann der „Schwäbischen Zeitung“ am Mittwoch in Stuttgart. An der Zuständigkeit der Länder für die Bildung

Verdächtiges Paket entpuppt sich als Liebesbotschaft

ÜBERLINGEN (lsw) - Er kannte den Absender des Paketes nicht, und deshalb trug ein 70 Jahre alter Mann die merkwürdige Zusage lieber zur Polizei. Auf dem Revier in Überlingen am Bodensee stellte sich dann auch noch heraus, dass es die angegebene Adresse gar nicht gibt. „Was die Angelegenheit umso verdächtiger erschienen ließ“, schrieb die Polizei am Mittwoch. Das Paket wurde fachgerecht überprüft, wie es weiter hieß, und vorsichtig geöffnet. Das Ergebnis geht ans Herz: Zum Vorschein kam eine Flaschenpost, liebevoll eingebettet in einem mit Quarzsand gefüllten Karton. Und darin ein selbst geschriebenes Liebesgedicht einer bislang unbekanntem Verehrerin des 70-Jährigen. Die Polizei hat ihre Ermittlungen eingestellt.

Gesundheitskosten in Baden-Württemberg steigen

STUTTGART (lsw) - Die Gesundheit der Baden-Württemberger wird immer teurer. Medikamente, Arztbesuche, Pflege und sonstige Gesundheitsleistungen hätten die Träger 2016 insgesamt rund 45,8 Milliarden Euro gekostet, teilte das Statistische Landesamt mit. Das waren 4199 Euro pro Einwohner und 4 Prozent mehr als im Vorjahr. Im bundesweiten Vergleich bleiben die Gebrechen der Menschen im Südwesten damit eher kostengünstig. In Brandenburg gaben die Träger durchschnittlich 4601 Euro pro Einwohner für Gesundheit aus, im Saarland 4567 Euro. Gut die Hälfte der Gesundheitskosten in Baden-Württemberg (55,7 Prozent) trugen die gesetzlichen Krankenkassen, etwa 10 Prozent die privaten.

Diebe stehlen 100 Radsätze aus Lager

LAICHINGEN (lsw) - Unbekannte haben in Laichingen (Alb-Donau-Kreis) etwa 100 Felgen mit Reifen aus einem Reifenlager gestohlen. Die Polizei bezifferte den Schaden am Mittwoch auf mindestens 30 000 Euro. Der Diebstahl soll zwischen Freitag und Dienstag erfolgt sein. Demnach haben die unbekannten Täter einen Container eines Kfz-Betriebs aufgebrochen und die Radsätze gestohlen. Um das Diebesgut abzutransportieren, haben die Täter vermutlich einen Lastwagen oder ein größeres Fahrzeug genutzt.

Landesregierung verspricht bessere Hilfe für Gewaltopfer

STUTTGART (lsw) - Die Landesregierung will in Baden-Württemberg eine zentrale Anlaufstelle für die Opfer von Gewalttaten schaffen. „Hier könnten alle bestehenden Angebote zusammengeführt, Kontakte vermittelt und Beratungsnetzwerke geknüpft werden“, sagte Justizminister Guido Wolf (CDU) am Mittwoch im Stuttgarter Landtag. Die Institution wäre eine Art „Lotse“ für Opfer in schwieriger Situation. Der Opferschutz im Land sei bereits gut aufgestellt, sagte Wolf. Die vielen Angebote müssten aber vernetzt werden. CDU und Grüne im Landtag forderten den verbesserten Opferschutz insbesondere nach dem Missbrauchsvorfall in Staufen. AfD und FDP forderten mehr vorbeugende Maßnahmen, damit es gar nicht zu Straftaten kommt.

Wanderer aus Bodenseekreis stirbt in Tirol

STEEG (lsw) - Ein 71-Jähriger aus dem Bodenseekreis ist beim Wandern in Tirol tödlich verunglückt. Wie die Polizei am Mittwoch mitteilte, war der Mann nach ersten Erkenntnissen alleine auf den 2406 Meter hohen Pimig im Lechtal gewandert und beim Abstieg 150 Meter in die Tiefe gestürzt. Wie genau es zu dem Unfall kam, war aber zunächst noch nicht klar. Der Vermieter des Urlaubers aus Baden-Württemberg hatte ihn am Dienstagabend als vermisst gemeldet. Seit Mittwochmorgen suchten die Alpinpolizei und die Bergrettung mit Unterstützung eines Polizeihubschraubers nach ihm. Seine Leiche wurde am Vormittag mit dem Hubschrauber ins Tal geflogen.

Schaben drängen in Wohnungen im Südwesten

STUTTGART (lsw) - Die kalten Herbstnächte treiben derzeit ungebetene, sechsbeinige Gäste in Wohnungen im Südwesten. Die aus den südlichen Schweizer Alpen eingewanderte Bernstein-Waldschabe sucht derzeit nach Quartieren für den Winter. Laut Insekten-Experte Claus Wurst vom Naturschutzbund Nabu geht von der Schabe aus der Schweiz aber keine Gefahr aus. Im Unterschied zur Deutschen Schabe sei die Bernstein-Waldschabe kein Vorratsschädling und ernähre sich nur von Laub und anderen Pflanzenteilen.

Mehr Geld für Medien-Kontrolleure

Wangener CDU-Abgeordneter Haser will Verteilung von Rundfunkbeiträgen umkrepeln

Von Kara Ballarin

STUTTGART - Wer kontrolliert Videos im Internet, etwa auf Youtube? Eigentlich ist das die Aufgabe der Landesmedienanstalten - in Baden-Württemberg ist das die Landesanstalt für Kommunikation (LFK). Mit ihren 25 Mitarbeitern könne sie dieser Aufgabe gar nicht nachkommen, sagt der Wangener CDU-Abgeordnete Raimund Haser. Daher fordert der Medienexperte in einem Diskussionspapier, das der „Schwäbischen Zeitung“ vorliegt, der LFK deutlich mehr Geld zu geben. Dem SWR dürfte das nicht schmecken - denn ein Teil des Rundfunkbeitrags soll von ihm auf die LFK umgeleitet werden.

Bei einer Messerattacke auf dem Marienplatz in Ravensburg sind kürzlich drei Menschen verletzt worden, zum Teil schwer. Kurz nach dem Vorfall ist auf der Internetplattform Youtube ein Video der Szene aufgetaucht, das ein Beobachter dort eingestellt hat. „Die Digitalisierung macht 85 Millionen Menschen in Deutschland zu 85 Millionen Journalisten“, sagt Haser. „Der, der das Video hochgeladen hat, wusste wahrscheinlich noch nicht mal, dass er das nicht darf.“ Der Pressekodex verbiete die Verbreitung solcher Inhalte, Berufsjournalisten wüssten das.

In seinem Papier fordert Haser, die LFK finanziell endlich so aufzustellen, dass sie ihrer Kontrollaufgabe nicht nur bei privaten regionalen Fernsehsendern und Radiostationen, sondern auch im Internet nachkommen kann. Von aktuell 25 Mitarbeitern bei der LFK seien aktuell sieben „oft oder manchmal“ mit der Medienkontrolle betraut, erklärt ein Sprecher. Dazu gehört auch, auf Jugendschutz zu achten und etwa Youtube zu erklären, dass sie keine Schleichwerbung machen dürfen. Ein Beispiel, das Haser nennt: Dass einer etwa die ganze Zeit eine Coca-Cola-Kappe während einer Sendung trägt, gehe nicht. „Die LFK soll ein Bewusstsein dafür schaffen, was erlaubt ist und was nicht.“

Nach Hasers Willen soll die LFK zusätzliche Millionen aus den Rundfunkbeiträgen bekommen (siehe Kasten). Bislang bekommen die Landesmedienanstalten etwa zwei Prozent des Rundfunkbeitrags. In Baden-Württemberg fließen von diesen zwei Prozent aber bislang nur 60 Prozent an die LFK. Im vergangenen



Die Landesanstalt für Kommunikation soll sich künftig verstärkt um Inhalte auf Online-Kanälen kümmern - etwa um Youtube-Videos. FOTO: DPA

Jahr waren dies 11,4 Millionen Euro. Zwölf Prozent bekommt der SWR für Kulturarbeit - etwa für Festspiele und Konzerte. Dieser Anteil soll nicht angetastet werden. Und auch die restlichen 28 Prozent fließen an den SWR für sein Engagement bei der Medien- und Filmgesellschaft (MFG). Diese GmbH fördert die Filmkultur und unterstützt Kreativschaffende. Haser will diese 28 Pro-

zent künftig der LFK zuschlagen. Aktuell wären dies etwa 5,5 Millionen Euro. Die MFG soll weiter die gleiche Summe bekommen, allerdings nicht mehr aus Rundfunkbeiträgen über den SWR, sondern als Steuergeld vom Land.

Haser will die LFK für ihre Kontrollarbeit auf keinen Fall mit Steuergeldern finanzieren. „Sonst ist deren Aufsichtsarbeit abhängig vom Lan-

deshaushalt“, warnt er. „Das ist derzeit kein Problem, aber stellen wir uns mal vor, wir bekommen irgendwann mal einen AfD-Ministerpräsidenten.“ Die Medienkontrolle müsse politisch unabhängig bleiben.

Landesgeld für Regionalfernsehen

Dennoch plädiert Haser dafür, der LFK Landesgeld zu geben. Mit diesem soll sie bei privaten Fernseh- und Radiostationen Nachrichtensendungen bestellen, Bedingungen zu Qualität und Umfang formulieren und zugleich kontrollieren können. Hasers Argument: „Wenn wir im Sinne der Medienvielfalt weiterhin regionalen Rundfunk haben möchten, müssen wir in die Förderung einsteigen.“

Die Branche stehe unter enormem finanziellen Druck. Bislang werden nur technische Investitionen der Sender bezuschusst. Da die LFK über das Landesgeld verfüge - Haser schweben zum Start zwei Millionen Euro vor -, blieben die Sender von politischem Einfluss verschont.

Haser hat gerade damit begonnen, sein Papier an die Akteure der Branche und in der Politik zu senden.

So verteilt sich der Rundfunkbeitrag

Jeder Haushalt muss pro Monat 17,50 Euro Rundfunkbeitrag zahlen. Der Beitragsservice, eine Gemeinschaftseinrichtung der Öffentlich-Rechtlichen mit Sitz in Köln, zieht das Geld ein - 2017 waren dies knapp acht Milliarden Euro. Der Löwenanteil fließt an die ARD mit ihren neun Landesanstalten. Im vergangenen Jahr waren es insgesamt 5,6 Milliarden Euro, davon gingen rund eine Milliarde an den SWR und 917 Millionen Euro an den Bayerischen Rundfunk. Ein Teil des Geldes bringen die

ARD-Landesanstalten in einen Topf für sogenannte Gemeinschaftsaufgaben ein - etwa für das Hauptstadtstudio. Knapp zwei Milliarden bekam im vergangenen Jahr zudem das ZDF, ans Deutschlandradio flossen rund 230 Millionen Euro. Über die Rundfunkbeiträge finanzieren sich zudem die Landesmedienanstalten. Die Landesanstalt für Kommunikation (LfK) in Baden-Württemberg hatte im vergangenen Jahr laut Geschäftsbericht 11,4 Millionen Euro zur Verfügung. (kab)

Zoll kontrolliert Großbaustelle auf Mindestlohnzahlung

ULM (mö) - Etwa 50 Bauarbeiter auf der Baustelle der Sedelhöfe in Ulm haben über vier bis sechs Wochen von ihrem Arbeitgeber, einem mittlerweile nicht mehr auf der Baustelle tätigen Subunternehmer für Verschalungs- und Betonarbeiten aus Berlin, keinen Lohn bekommen und sind am Montag nicht zur Arbeit erschienen. Die Männer - 34 kommen aus Rumänien, die anderen stammen aus Bulgarien und Albanien - reisen am Donnerstag mit Abschlagszahlungen auf ihren Lohn in ihre Heimat zurück und sind jetzt arbeitslos.

Ob sie den ihnen zustehenden Lohn - nach eigenen Angaben sind dies pro Arbeitnehmer noch bis zu 1800 Euro - jemals erhalten werden, ist offen. Weder der Investor der Sedelhöfe, DC Developments/DC Values aus Hamburg noch die betroffene Firma wollten sich zu dem Vorfall äußern. Der Zoll kontrollierte am Mittwoch die Baustelle und prüft nun, ob der Mindestlohn gezahlt wurde.

Die Fertigstellung der Sedelhöfe ist für Anfang 2020 geplant. Das Areal soll eine Fläche von insgesamt 18 000 Quadratmetern allein für Einzelhandel bieten. Zudem sind unter anderem 112 Wohnungen, Büros und Gastronomie geplant. Die Investitionssumme beträgt rund 200 Millionen Euro.

Hauptauftragnehmer für den Rohbau der Sedelhöfe ist die Berliner Firma Koha. Diese wiederum hatte als Subunternehmer die ebenfalls in Berlin ansässige Firma Cardoso beauftragt, die sich offenbar mit dem Auftrag in Höhe von 3,8 Millionen Euro erhoben hat.

Internet kann ländlichen Raum aufleben lassen

Kommunalforum diskutiert über Digitalisierung

Von Gerhard Bläske

BADEN-BADEN - Die Digitalisierung kann zu einer Renaissance des ländlichen Raums führen. Darin waren sich die Teilnehmer des Kommunalforums des Sparkassenverbandes Baden-Württemberg in Baden-Baden einig. Doch dafür müssten die Grundvoraussetzungen geschaffen werden - in erster Linie ein leistungsfähiges Breitbandnetz.

Thema des Kommunalforums war in diesem Jahre die Frage: „Stadt und Land - wie wollen wir in Zukunft leben?“ Viele Menschen zieht es heute in die Städte - auch weil es dort eher ein leistungsfähiges Internet, ein gutes öffentliches Mobilitätsangebot und eine vernünftige Versorgung mit Dienstleistungen aller Art gibt.

Auf dem flachen Land fehlen solche Strukturen vielfach. 2,3 Millionen Anschlüsse im Land haben kein schnelles Internet, sind manchmal so langsam, dass selbst E-Mails nur mit Mühe durchgehen. Trotz der Innovationsoffensive der Landesregierung zum Ausbau der Infrastruktur sowie zusätzlicher Mittel vom Bund ist es nach Ansicht von Clemens Moll, Bürgermeister von Amtzell im Landkreis Ravensburg, „eine Utopie zu glauben, wir hätten in den nächsten ein bis zwei Jahren flächendeckend schnelles Internet“.

Amtzell hat die Sache selbst in die Hand genommen. Die 4200-Einwohner-Gemeinde, zu der auch 124 Weiler und Höfe, etwas Einzelhandel, medizinische Versorgungseinrichtungen und eine Filiale der Kreisspar-



2,3 Millionen Anschlüsse im Land haben kein schnelles Internet. FOTO: DPA

kasse Ravensburg gehören, baut das schnelle Internet aus. 65 Prozent der Bevölkerung sind schon angeschlossen, „aber es gibt noch Breitbandnotstandsgebiete“, sagt Moll. In Amtzell wurde eine App entwickelt, über die sich die Bürger zeitnah über alles in der Gemeinde informieren können. Es gibt freies WLAN oder Mobilitätsangebote für Ältere, damit diese länger selbstbestimmt leben können.

Bürgermeister Moll und sein Team haben auch Lehrgeld gezahlt: „Wir haben vieles ausprobiert und uns manchmal eine blutige Nase geholt“, berichtet der Bürgermeister. Er ist überzeugt: Jede Kommune braucht einen Plan für die Digitalisierung.“ Ganz entscheidend sei, dass die Verwaltung mitmacht. Da liege auch auf Landesebene noch vieles im Argen.

Sturz auf Glatteis: Kiflegger hat kaum Chance mit Klage

STUTTGART (tja) - Ein 54-jähriger Betonwerker hat mit seiner Klage gegen die Gemeinde Kiflegger (Kreis Ravensburg) kaum Aussichten auf Erfolg. Das ließ das Oberlandesgericht Stuttgart bei einer Verhandlung am Mittwoch durchblicken. Der Mann war bei Glatteis gestürzt und wirft der Gemeinde vor, ihrer Räumspflicht nicht nachgekommen zu sein.

Der Unfall hatte sich im Februar 2013 am Gumpigen Donnerstag in der Fasnacht ereignet. Der 54-Jährige stürzte um 19 Uhr vor dem Neuen Schloss. Er brach sich den Unterschenkel und musste mehrfach operiert werden, war sechs Monate arbeitsunfähig. Am Mittwoch sagte er: „Ich bin seit dem Sturz nicht mehr der Alte.“

Vor dem Oberlandesgericht geht es um die Frage, ob die Gemeinde Kiflegger den Weg vor dem Schloss besser hätte räumen müssen. Zeugen hatten geschildert, dass es zum Unfallzeitpunkt tatsächlich sehr glatt war. Ein Angestellter der Gemeinde hatte gegen 17:45 Uhr eine Kontrollfahrt gemacht. Da sei es noch nicht glatt gewesen, sagte er aus.

Damit müsste das Unfallopfer beweisen, ab wann es an dem Abend vor dem Schloss tatsächlich rutschig wurde. Ab diesem Zeitpunkt gesteht das Gesetz einer Gemeinde eine Rüstzeit zu. Das ist jene Zeit, die Mitarbeiter benötigen, um nach der Alarmierung auszurücken.

Doch den Nachweis, dass dafür in diesem Fall ausreichend Zeit war, kann der Kläger aus Sicht der Richter nicht führen. Deswegen habe seine Klage keine Aussicht auf Erfolg. Das Urteil fällt am 7. November.

Schwäbische Zeitung

Gegründet 1945
 Erscheinungsweise: Werktäglich - Erscheinungsorte: Aalen, Biberach, Ehingen, Ellwangen, Friedrichshafen, Laichingen, Laupheim, Leutkirch, Lindau, Ravensburg, Riedingen, Bad Saulgau, Sigmaringen, Spanghingen, Tettnang, Trossingen, Tuttlingen, Ulm, Bad Waldsee, Wangen.

Redaktion
 Chefredakteur: Dr. Hendrik Groth (verantwortlich)
 Stell. Chefredakteur: Yannick Dillinger (digital), Andreas Müller, Mitglied der Chefredaktion: Jochen Schlosser,
 Politik: Claudia Kling; Wirtschaft: Benjamin Wagener; Journal/Kultur: Barbara Miller; Sport: Filippo Cataldo; Beilagen/Wochenende: Dirk Uthenbruch; alle 88212 Ravensburg, Karlstraße 16

Redaktion Stuttgart: Kara Ballarin, Katja Korf
 Redaktion Berlin: Sabine Lemnitz
 Regionalreporter Allgäu/Bodensee: Uwe Jaub

Korrespondenten in Washington, Moskau, Paris und Brüssel.

Druck: Druckhaus Ulm-Oberschwaben GmbH & Co. KG, Weingarten und Ulm

Verlag
 Schwäbischer Verlag GmbH & Co. KG Drexler, Gessler
 Karlstraße 16, 88212 Ravensburg
 Telefon 0751 / 2955-0; Telefax 0751 / 2955-991499
 Anzeigen Telefax 0751 / 2955-991139
 Geschäftsführer: Dr. Kurt Sabathil

Verlagsdirektor: Michael Meyer-Böhm
 Verantwortlich für Anzeigen: Reinhard Hofer
 Marketing und Vertrieb: Ronald Koppelt
 Zustellung und Logistik: Alexander Bachmann
 Chef vom Dienst und Zeitungsproduktion: Bernd Scheibitz

Für Anzeigen und Beilagen gelten die Geschäftsbedingungen der Preisliste Nr. 70 vom 11.2018. Für den Inhalt der Lokaltitel sind die Lokaltredaktionen und die lokalen Anzeigenleiter verantwortlich. Für unverlangte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Falls durch Eintritt höherer Gewalt, bei Streik oder Ausspernung keine Zeitung geliefert werden kann, ist eine Entschädigung ausgeschlossen.

Abonnenten-Service: Telefon: 0751 / 29 555 555
 Telefax: 0751 / 29 555 556
 E-Mail: aboservice@schwaebische.de
 E-Mail: redaktion@schwaebische.de